

Resolution zum Krieg in der Ukraine

Beschluss des CSU-Parteivorstands vom 7. März 2022

Die Christlich-Soziale Union in Bayern verurteilt aufs Schärfste den verbrecherischen, aggressiven Angriffskrieg, den der russische Präsident Wladimir Putin seit dem 24. Februar 2022 gegen die Ukraine führt. Er stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und einen Angriff auf die europäische Demokratie und Friedens- und Werteordnung dar.

Bestürzt über die Eskalation der Gewalt, in tiefer Sorge um die Betroffenen dieser menschlichen Tragödie in der Ukraine und mit großer Entschlossenheit, Europa und unsere Werte zu verteidigen, beschließt der Parteivorstand der Christlich-Sozialen Union:

- 1. Wir fordern Putin zum Rückzug auf.** Wir erwarten von Wladimir Putin, die Kampfhandlungen unverzüglich zu beenden, die Waffen schweigen zu lassen und seine Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Wir unterstützen alle internationalen Bemühungen, die diesem Ziel dienen. Wir wollen Frieden auf dem europäischen Kontinent und die Rückkehr zum unverrückbaren Prinzip der territorialen Integrität. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit unseren Verbündeten in der Welt ein.
- 2. Wir stehen an der Seite der Ukraine.** Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die unverschuldet in Not und Angst geraten sind. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Toten und Verletzten dieser sinnlosen Kriegshandlungen. Unser Respekt gilt den tapferen Kämpferinnen und Kämpfern für die Verteidigung der Freiheit des ukrainischen Volkes. Wir unterstützen sie in ihrem Recht auf Selbstverteidigung, bewusst auch mit Ausrüstung.
- 3. Wir halten zusammen für die Freiheit.** Überall, ob bei Demonstrationen, Gottesdiensten, in Sozialen Netzwerken, im Sport, der Kultur oder seitens der Wirtschaft – jedes Zeichen für die Ukraine ist ein Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie, das wir unterstützen. Gleiches gilt für die enorme Hilfs- und Spendenbereitschaft, für die wir sehr dankbar sind.
- 4. Wir sind einig in der NATO.** Wir begrüßen die Stärkung der NATO-Ostflanke gemeinsam mit unseren Verbündeten sowie die damit verbundene Verlegung zusätzlicher US-Streitkräfte. Besonders danken wir unseren Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für ihren Einsatz. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis und bedroht niemanden. Die atomaren Drohszenarien Putins sind auch vor diesem Hintergrund unangebracht und nicht hinnehmbar. Dies macht aber noch einmal nachdrücklich deutlich: Die Abschreckungskapazitäten der NATO und die nukleare Teilhabe Deutschlands bleiben ein essenzieller Sicherheitsgarant für unser Land.
- 5. Wir zeigen klare Kante gegen Putins Aggression.** Wir begrüßen den eingeleiteten außen-, energie- und verteidigungspolitischen Kurswechsel der Ampel-Parteien. Wir teilen ihre Sanktionspolitik gegenüber Russland und bemühen uns, Schäden

für die deutsche Wirtschaft auszugleichen. Von allen in den deutschen Parlamenten vertretenen Parteien erwarten wir eine unmissverständliche Verurteilung der Aggression Putins ebenso wie eine entschiedene Distanzierung gegenüber amtierenden und ehemaligen Repräsentanten, die diese Haltung nicht teilen.

- 6. Wir sind bereit zur humanitären Hilfe.** Der Krieg in der Ukraine veranlasst viele zur Flucht. Wir unterstützen die ukrainischen Nachbarländer in der unmittelbaren Aufnahme und sind selbst bereit, Schutz und Zuflucht zu gewähren. Entsprechende Maßnahmen zur Unterbringung, medizinischen Versorgung und Betreuung sind bereits in die Wege geleitet. Wichtig ist uns, bei der Einreise Ordnung zu wahren und eine gerechte Verteilung innerhalb Deutschlands und Europas zu gewährleisten. In Deutschland plädieren wir für eine Verteilung der ukrainischen Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel.
- 7. Wir investieren in die Landes- und Bündnisverteidigung.** Die veränderte Sicherheitslage in Europa erfordert, dass die Bundeswehr ihren Fokus wieder stärker auf die Landes- und Bündnisverteidigung richtet. Als Partei der Bundeswehr treten wir dafür ein, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mithilfe eines Sofortprogramms vollumfänglich zu gewährleisten und ihre Ausrüstung optimal an die Herausforderungen der Zeit anzupassen. Prioritäre Projekte sind die Auffüllung der Munitionsbestände, die Bewaffnung von Drohnen, die Weiterentwicklung des Euro-Fighters, die Beschaffung des Taktischen Luftverteidigungssystems (TLVS) und eine umfassende Stärkung im Bereich Helikopter. Darüber hinaus müssen die Landstreitkräfte durch eine bodengebundene Luft- und Drohnenabwehr, neue Kampf- und Schützenpanzer sowie eine flächendeckende Digitalisierungsoffensive gestärkt und die Reservisten besser ausgestattet werden. Wir unterstützen klar die Erfüllung des NATO 2 %-Ziels. Wir erwarten umfassende und langfristige Investitionen in die Bundeswehr und sind grundsätzlich bereit, den Weg eines zweckgebundenen Sondervermögens zu beschreiten. Unabdingbar sind für uns die Beschleunigung und Entbürokratisierung des Beschaffungswesens und eine neue Kultur der Wertschätzung gegenüber dem Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten. Gleichzeitig gilt es, eine funktionsfähige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion voranzutreiben und das Konzept für eine EU-Eingreiftruppe zu forcieren.
- 8. Wir sichern Deutschlands Energieversorgung.** Die Abhängigkeit von Energieimporten ist Achillesferse der Energiewende und Inflationstreiber. Krisenfestigkeit muss künftig Paradigma deutscher Energiepolitik sein. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat daher auch geostrategische Bedeutung. In diesem Zusammenhang muss sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene der Ausbau der Wasserstoffwirtschaft intensiv vorangetrieben werden. Das wird aber nicht ausreichen, um sehr rasch mehr Resilienz zu erlangen. Deshalb müssen, gerade im Interesse der Preisstabilität, Stilllegungen oder Abschaltungen sofort ausgesetzt werden. Um den Anstieg der Energiepreise im Zeichen des Krieges zu dämpfen, fordern wir die Bundesregierung auf, entschieden zu handeln: Die Abschaffung der EEG-Umlage kann nur ein erster Schritt sein, dem zwingend weitere folgen müssen. Es braucht eine sofortige Energiepreisbremse, unter anderem muss die Mehrwertsteuer an

der Zapfsäule umgehend von 19 auf 7 Prozent gesenkt sowie die Mineralölsteuer ausgesetzt werden.

- 9. Wir stärken den Zivil- und Bevölkerungsschutz.** Die Corona-Pandemie und die aktuelle außenpolitische Krise machen eine Überprüfung des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland notwendig. Dazu fordern wir den Bund auf. Wir werben insbesondere dafür, Freiwilligendienste etwa durch zusätzliche Rentenpunkte oder Erleichterungen im Hochschulzugang bzw. der Meisterausbildung deutlich attraktiver zu machen und zwar für alle Altersschichten. Eine allgemeine Dienstpflicht halten wir derzeit mit Blick auf die noch zu klärenden verfassungsrechtlichen Hürden des Grundgesetzes und der EMRK sowie die damit verbundenen organisatorischen Herausforderungen für nicht zielführend und nicht umsetzbar.

- 10. Wir bekennen uns zur Völkerverständigung.** Wer Angriffskriege in Europa führt, kann für uns kein Partner sein. Wir unterstützen deshalb den Ausschluss Russlands vom SWIFT-Netzwerk und die Sanktionen gegen führende Repräsentanten des Putin-Regimes. Mit Respekt beobachten wir den wachsenden zivilen Einsatz für Frieden auf den Straßen Russlands. Wir sind überzeugt: Die Mehrheit des russischen Volkes steht nicht hinter diesem Krieg. An sie appellieren wir, weiter die Stimme gegen diese brutale Aggression zu erheben.